



Vierzig Jahre nach dem NATO-Doppelbeschluss – neue Gefahr?

1979 war ein weltpolitisch unruhiges Jahr

Nicht zuletzt die Kernspaltung hatte die militärische Komponente in der Dominanz der Staaten neu geregelt. Atombomben und Raketen mit großer Reichweite verdrängten die bisherigen Waffensysteme. Offensiv und defensiv war nicht mehr zu unterscheiden. Präventivkriege beflügelten die Fantasien. Seit den 1950er Jahren zirkulierten im Pentagon Modelle eines neuen Blitzkriegs, eines Erstschlags gegen die Sowjetunion (SU). Aber 1956 drohte auch SU-Chef Nikita Chruschtschow wegen der Suezkrise, die Großstädte London, Paris und Tel Aviv mit Raketen anzugreifen. Als dann auch noch die SU-Stationierung von Atomraketen auf Kuba die Tagesordnung beherrschte (1962), schien die Eskalation unaufhaltsam. Dass letztlich nur Drohungen blieben, war Glück oder die hohe Kunst der Diplomatie.

Kurze Vorgeschichte des NATO-Doppelbeschlusses

Am 12. Dezember 1979 erfolgte nach langer Vorberatung der „Nato-Doppelbeschluss“. Einerseits sollte durch nukleare Aufrüstung abgeschreckt, andererseits die SU zur Rüstungskontrolle gedrängt werden. Bald sprach man von einer „westlichen Nachrüstung“, wobei der bundesdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher ganz bewusst diesen Begriff prägte. Weil die SU neue SS-20-Mittelstreckenraketen in Dienst gestellt hatte und damit besonders Westeuropa bedrohen konnte, musste die Nato „nachrüsten“. Die bis dato gültige westliche Antwort einer *flexible response* war zu wenig geworden, eine Abschreckung nicht mehr glaubwürdig. Vor allem auf konventionellem Gebiet waren die westlichen Waffen unterlegen geworden. Die Unzufriedenheit mit US-Präsident Jimmy Carter steigerte sich, als die sowjetische Armee in Afghanistan einmarschierte und die Mullah-Revolution mit Demütigung der USA (Geiselnahme in Teheran) im gleichen Jahr 1979 einen Tiefpunkt des internationalen Gleichgewichts bewirkten.

Die Diskussionsgrundlage in der sozialliberalen Bundesregierung Schmidt/Genscher hatte sich aber auch wegen der stärker werdenden Antiatomkraftbewegung gewandelt. In dieser Bewegung wurde eine „Nachrüstung“ des Westens als kriegstreibend angeprangert. Als dann auch noch der als schlechter Schauspieler verunglimpfte Ronald Reagan auf dem Sprung zum US-Präsidenten war, schwoll der linksliberal-pazifistische Widerstand in der Bundesrepublik gewaltig an. In den Zeiten des linken Terrorismus (Rote Armee-Fraktion RAF) und der knallharten Infiltration der neuen „Friedensbewegung“ durch KGB und DDR-Organen war es ein leichtes, den Ost-West-Konflikt neu zu entfachen und den wegen des Vietnam-Kriegs mächtigen Antiamerikanismus zu entflammen. Eingängiges Schlagwort wurde „Lieber rot als tot“ – kein US-gesteuerter Krieg auf deutschem Boden im Falle der nuklearen Verteidigung! Besonders am

Eisernen Vorhang schwoll die deutsche Angst an. Ein Großteil der Jugend („68er“) ging auf die Barrikaden, die „grüne“ Bewegung bekam deutlich Zulauf.

Um 1980 auf dem Weg in den Bürgerkrieg?

Es war eine extreme konfrontative Lage in der Bundesrepublik entstanden. Die damaligen Bundestagsabgeordneten sahen sich zusätzlich einer gewaltigen Kampagne gegenüber. Denn dass der bei den Linken verhasste CSU-Chef Franz Josef Strauß 1980 CDU/CSU-Kanzlerkandidat wurde, war das Signal zum Aufruhr. Nicht länger „Mehr Demokratie wagen“, wie es einst Willy Brandt formulierte, sondern „Stopp Strauß“-Schilder beherrschten die Szene in der ganzen Republik, auch bei der Kundgebung zum Politischen Aschermittwoch in Passau. Die knappe Niederlage von Strauß beruhigte keinesfalls die Lage, im Gegenteil. Die CSU versuchte in der Folgezeit aber in New York bei den Vereinten Nationen Eindruck zu machen.



1983 - Klaus Rose (links) im Gespräch mit UN-Generalsekretär Perez de Cuellar (gegenüber)

Neuer Höhepunkt wurde die Kundgebung der „Friedensbewegung“ am 22. Oktober 1983 im Bonner Hofgarten. Es kamen 150.000 zu einer Menschenkette rings um das Regierungsviertel zusammen (Belagerungsring) und 500.000 zu einem Menschenstern, der die Botschaftsgebäude der fünf Atommächte verband. Willy Brandt (SPD) sprach gegen die Politik von Helmut Schmidt (SPD) und Helmut Kohl (CDU). Unter den Zuhörern waren natürlich auch Neugierige wie der Autor, der keineswegs zu den Moskau-Freunden gehörte. Er verstand nicht, wie ein ehemaliger Bundeskanzler seinem Nachfolger der gleichen Partei in den Rücken fiel (Brandt-Schmidt), aber auch nicht, wie man alles ignorierte, was der Machtausdehnung der Sowjetunion diene (Afghanistan). Mit einem Mitglied der „Viererbande“, jenem in Anspielung an Maos Schreckensquartett benannten Verschwörungskreis gegen Helmut Schmidt, hatte er

sogar Diskussionen in persönlicher Kameradschaft geführt – denn Manfred Coppik (SPD Offenbach) war ein ebenso begeisterter Bundestagsfußballer wie der Autor.

Letztlich siegte die Standhaftigkeit der Nachrüstungsbefürworter und im Systemkampf gegen den Sozialismus die freiheitliche Demokratie. Aber es ergab sich auch eine Art Nachrüstung durch diesen Streit um den Frieden. In der DDR stellte sich in Kenntnis der Geschehnisse eine Abgrenzung von Moskau ein und eine kulturelle Verwestlichung. Schließlich fiel die Mauer.

2019 eine neue „Friedensbewegung“?

Nach vierzig Jahren und einer hoffnungsvollen Friedenszeit, in der das neue Russland und das etwas liberalere China auf Partnerschaft zum Westen eingestellt waren, scheint sich erneut eine ideologische „Friedensbewegung“ einzustellen. Nicht unschuldig daran ist US-Präsident Donald Trump, der es selbst Amerikafreunden schwer macht, kooperativ zu handeln. Wieder geht es gegen die Stationierung von US-Truppen in Deutschland oder gegen die Atomsprengköpfe in der Eifel, aber auch für den Kampf um das Klima oder um die Freiheit im Internet (YouTube usw.). Stellt sich neues „Lager-Denken“ ein, ideologischer Streit in Juso-Manier oder Kampf „gegen die islamische Bedrohung“? Von „Links“ kommt noch kein großer Druck, von der konservativen Revolution eines Alexander Dobrindt (CSU) gibt es aber auch noch keine Spur. Lediglich die freiheitlich-konservativen Lautsprecher in Österreich brachten und bringen sich in Stellung. Nicht immer werden sie enttarnt werden können, wie im Fall Strache. Der alte NATO-Spruch „Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit“ gilt mehr denn je!

Der Autor ist erreichbar unter mail@drklausrose.de